

# Das Berliner Gymnasium- eine geduldete Schulart?

Vortrag des Vorsitzenden der VOB bei der Herbsttagung der VOB 2018 in Kloster Chorin

*Es gilt das gesprochene Wort, nicht das Manuskript.*

Nach der Begrüßung neuer VOB-Mitglieder und einem Vergleich zwischen einer Tagung bzw. Mitgliederversammlung der VOB und einer Dienstberatung der SEN BfJ sprach der Vorsitzende der VOB auf der Grundlage folgenden Manuskriptes:

Liebe Mitglieder unserer VOB!

Ist das Gymnasium in Berlin nur noch eine geduldete Schulart? Von wem wird unsere Schulform nur noch geduldet? Ist das Gymnasium in Berlin gar eine gefährdete Schulart? Von wem geht die Gefahr aus und wie groß ist diese?

Wir täten in der VOB gut daran, das Gymnasium in Berlin ist als Schulform nicht als politisch gefährdet anzusehen. In der Gesellschaft sind die Berliner Gymnasien **nun schon mal gar nicht** „nur geduldet“. Die Berliner respektieren ihre Gymnasien, ja oft werden sie geliebt.

Doch es gibt diejenigen, die offen, manchmal auch still, heimlich und feige das Gymnasium nur dulden: Die Wenigen, die das Gymnasium als überholt, gar als „Feind einer gerechten Gesellschaft“ darstellen, die den Untergang unserer Schulform und eines gegliederten Schulsystems prophezeien, kommen jedoch an zwei Fakten nicht vorbei:

1. Das Gymnasium nimmt auch heute noch immer **die** Leitfunktion in jeder Diskussion um die deutschen Bildungslandschaften ein.
2. Wer für eine - wie auch immer genannte - Einheitsschule plädiert, übersieht, dass das verfassungsgemäß wohl eher schwer möglich sein wird, jedenfalls so lange wir noch rechtsstaatliche Prinzipien in Deutschland haben. Das Bundesverfassungsgericht fordert von den Ländern Schulgesetze, in denen z.B. die Festlegung der allgemeinen Schulpflicht, aber auch das Angebot der verschiedenen Schulformen<sup>1</sup> geregelt ist.

Dennoch dürfen wir nicht übersehen: Es gibt in drei der im Abgeordnetenhaus vertretenden Parteien jeweils mehr oder weniger viele mehr oder weniger einflussreiche Mitglieder, welche auch in den Fraktionen zu finden sind, die das Gymnasium und jede weitere Schulart in Berlin lieber heute als morgen abschaffen und jene von ROT-ROT mit Regierungsantritt 2001 in Berlin zugelassene Gemeinschaftsschule als einzige, damit als Regel- und Einheitsschule einführen wollen.

Bei den Bündnis-Grünen ist es eine Gruppe junger Wilder um Vito Dabisch von der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Bildung. Diese Gruppe fordert in dem Artikel „Grundbaustein einer gerechten Gesellschaft: Ein Schule für Alle“ auf [gruene.de](http://gruene.de), immerhin den offiziellen Webseiten der Bundespartei:

„Von dieser fördernden Wirkung einer „Schule für Alle“ können aber nur alle profitieren, wenn sie von allen besucht wird! Es ist daher ein Fehler, dass keine der bisherigen

---

<sup>1</sup> In der Urteilsbegründung zu 45, 400 von 1977 im Zusammenhang mit einer Klage gegen die Einführung der gymnasialen Oberstufe im Bundesland Hessen.

Schulreformen den konsequenten Schritt gegangen ist: Alle Schulformen zu einer zusammenzuführen.“

Bei den Berliner Linken sammeln sich fast alle Abgeordneten bildungspolitisch hinter den Aussagen der bildungspolitischen Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion. Zuletzt frohlockte Regina Kittler im März 2018 im Parlament auf eine Zwischenfrage der bildungspolitischen Sprecherin der CDU, Hildegard Bentele, warum denn die Gymnasien in Berlin nicht eine um zwei Jahre längere Schulzeit, nämlich die Klassen 5 und 6 und damit ein G 8 anbieten dürfen, vor dem Hintergrund eines linken Werbens für die Gemeinschaftsschule und nachdem sie sich in ihrer Antwort auf Anfragen der Abgeordneten Bentele schon in Rage geredet hatte:

„Ich sage es Ihnen noch einmal: Auf Ihr Gesicht bin ich wirklich gespannt, wenn die ersten Gymnasien sagen: Wir wollen jetzt Gemeinschaftsschule werden! Ich freue mich auf diesen Tag und dann können wir weiterdiskutieren.“

Der eine macht also Politik auf der Grundlage einer These, nämlich der von der „fördernden Wirkung“ der Gemeinschaftsschule für alle, die andere macht gar eine Politik des „Wir reden erst dann wieder, wenn alle unserer Meinung sind“, eine Politik, die darauf setzt, es sei nur eine Frage der Zeit, bis alle derzeit „Uneinsichtigen“ zu der „richtigen“ Einsicht kommen. Und was „richtig“ ist, das wüssten nun mal die Linken.

Es würde mich reizen, einmal die psychologischen Hintergründe von in dieser Weise argumentierenden Personen zu betrachten. Warum beispielsweise ist ein ehemaliges Mitglied des Vorstandes des Landesschülerausschusses Berlin, der selbst in Neukölln ein Gymnasium besucht hat, Anhänger, warum ist eine 1955 Geborene, die schon 1973 - wahrscheinlich noch als Schülerin - Mitglied der SED wurde, und die von 1978 bis 2011 in Marzahn als Lehrerin arbeitete, seit 2003 als Studienrätin, Anhängerin der Einheitsschule? Der eine hat - außer in der Grundschulzeit - nie eine erlebt, die andere war immerhin so privilegiert, dass sie zu den nicht einmal 10% eines Jahrgangs gehörte, die zur EOS, also zur Abiturbildung delegiert wurde (was mich von ihr unterscheidet) und die die Einheitsschule verlassen durfte. Der eine erntet in seiner Landespartei ein Kopfschütteln von den Realos, die andere hängt offensichtlich immer noch der Idee „vom neuen Menschen, der zur richtigen Einsicht kommen wird“ an, einer Idee, die mir schon in der DDR zum Halse raushing. Aber ich möchte jetzt nicht Motive und Sehnsüchte von Gymnasialfeinden betrachten - in unserer VOB sind schließlich die wichtigsten Vertreter einer nach wie vor und vor allem auch zukünftig benötigten Schulart vereint und nicht Therapeuten von den wirklich Uneinsichtigen.

Ein junger, sehr kluger, engagiert unterrichtender und stets Differenzierungsangebote bereithaltender, kurz: sehr vielversprechender Kollege an den von mir geleiteten Gymnasium, der seinen Vorbereitungsdienst mit viel Enthusiasmus an einer Berliner ISS begann und dann berufsbegleitend das letzte Ausbildungssemester am Rosa-Luxemburg-Gymnasium absolvierte, schrieb mir mit kenntnisreichem Blick von Innen, was sich die Gymnasialfeinde hinter den Spiegel stecken sollten:

„Das Ideal eines langen gemeinsamen Lernens aller Kinder und Jugendlichen halte ich grundsätzlich für sehr erstrebenswert. Allerdings nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen - in einer solchen Lernumgebung dürften nicht alle dasselbe, in demselben Tempo

lernen, sondern müssten sich ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können. Damit dies erfolgreich sein kann, müsste es flächendeckend von qualifizierten Didaktikern erstelltes, mehrfach-differenziertes Material geben, mit dem Kinder und Jugendliche tatsächlich selbständig lernen können und es bräuchte einen Betreuungsschlüssel **von 10:1 oder kleiner**, damit das selbständige Lernen optimal begleitet werden kann. Die Anforderungen an Lehrpersonen (Diagnose, passende Förderung, Gestaltung von gemeinsamen Einstiegen für alle, Gestaltung von Sicherung für alle) wären immens. Unter den gegebenen Voraussetzungen im Berliner Bildungssystem halte ich dieses Ideal aktuell nicht für umsetzbar. Und ich habe auch noch keine Schule gesehen, an der das Modell ‚Alle Schüler von Förderstatus bis hochbegabt lernen zusammen‘ gut funktioniert. Berliner Schulen, die diesbezüglich gerühmt werden (ESBZ, Margret Rasfeld) lügen sich aus meiner Sicht selbst in die Tasche oder sind von ihrer Vision geblendet. ... Aus meiner Sicht kann keine Gemeinschaftsschule - unter den gegebenen Bedingungen - diese Extreme unter einen Hut bringen ohne die Lehrer völlig zu überfordern.“ Zitatende.

Und damit komme ich zur Partei unserer Senatorin, die uns ja anlässlich des 25-jährigen Bestehens unserer VOB im März 2017 eine Schulgesetzänderung angekündigt hatte, eine Schulgesetzänderung, welche uns vom Abteilungsleiter der Grundsatzabteilung der Bildungsverwaltung, Herrn Duveneck, vorige Woche Donnerstag nun als aktuelles Gesetzesvorhaben angekündigt wurde.

Berlin, so die Senatorin damals, wird schulgesetzlich regeln, was Berlin bereits 2011 in der KMK-Vereinbarung zur gymnasialen Oberstufe unterzeichnet hat, nämlich, dass die Jahrgangsstufe 10 an den Berliner Gymnasien die Einführungsphase und damit das erste Jahr der dreijährigen gymnasialen Oberstufe ist.

19 Monate liegt diese Ankündigung nun zurück, es stellt sich die Frage, ob das wirklich noch bevor wir vom BER abhebend einen Rundflug über alle komplett sanierten und die vielen neu gebauten Schulstandorte in Berlin machen können, geregelt sein wird.

Wir, die Schulleiterinnen und Schulleiter der Berliner Gymnasien warten darauf, denn die 10. Klasse an unserer Schulform muss endlich schulgesetzlich auch in Berlin als Bestandteil der dreijährigen gymnasialen Oberstufe anerkannt werden. Wir wollen z.B. für die bei uns auszubildenden Referendarinnen und Referendare mit einem Einsatz in der Klassenstufe 10 deren Oberstufenverpflichtung abgegolten sehen, und wir erwarten, dass man nicht Lernende, die sich schon in der gymnasialen Oberstufe befinden, mit unsinnigen Prüfungen konfrontiert, die letztlich dazu dienen, festzustellen, ob sie dort hin dürfen, wo sie schon lange sind.

Und nun scheint es aber so, als wenn die Senatorin damit politisch ihre Probleme hat. Denn einige Mitglieder der Fraktion, der die Senatorin ja nicht mehr angehört, die aber letztlich ihr das Amt erhält, scheinen den Positionen von Frau Kittler und von Herrn Dabisch näher zu stehen, als den Bedürfnissen der an der Berliner Gymnasien lernenden Jugendlichen, deren Eltern und den dort Unterrichtenden.

Unsere Erwartungen richten sich an Sie, Frau Senatorin Scheeres: Wir setzen in der VOB auf die von Ihnen angekündigte Schulgesetzänderung, wir setzen darauf, dass Sie anschließend durch die Verwaltung alle wichtigen Verordnungen zugunsten dessen, was aus den

Gymnasien gefordert wird, reformieren lassen. Wir setzen darauf, dass Schulpolitik **nicht mit dem Ziel** des Erhalts einer Regierungskonstellation oder politischer Utopien, **sondern mit dem Ziel** der bestmöglichen Voraussetzungen auch für die an den Berliner Gymnasien Lernenden gemacht wird! Wir setzen darauf, dass unsere Senatorin das Wohl aller Berliner, also auch das von heute und morgen an den Gymnasien Lernenden, von deren Eltern und von den dort Lehrenden im Auge hat.

Berliner Sozialdemokraten sollten in der Schulpolitik nicht sehnsuchtsvoll nach Baden-Württemberg blicken, einerseits schon deshalb, weil sich die SPD dort in der Opposition befindet, vor allem, weil die baden-württembergische SPD die Einführung der sechsjährigen Grundschule **mit anschließender Einheitsschule** oder maximal einem Zwei-Säulen-Modell auf die Fahnen geschrieben hat.

In Berlin **hat** die Sozialdemokratie seit über 20 Jahren Verantwortung für die Bildungspolitik und dennoch sind nicht alle Sehnsüchte der Berliner für die Schulpolitik erfüllt und vieles müsste anders geregelt werden.

Berlin ist ein dicht besiedelter Stadtstaat und Berlin hat nicht die Probleme der Flächenstaaten in dünn besiedelten Gebieten, wo es darum geht, Schule vor Ort im ländlichen Raum zu retten. Berlin hat aus der Sicht der VOB mindestens zwei Probleme, die das Berliner Gymnasium betreffen:

- a) G6 statt G8 ist ursächlich mit dem dogmatischen Festhalten an der sechsjährigen Grundschule begründet. G6 bedeutet damit letztlich Verweigerung von Bildungschancen für Kinder, die frühzeitig für ein längeres, nämlich achtjähriges gemeinsames Lernen an den Berliner Gymnasien geeignet sind und die keinen der rund 3000 Plätze, davon rund 2000 an staatlichen Schulen, abbekommen. Übrigens: An den Gymnasien gibt es die Fachlehrer, die Berlin wegen falscher politischer Entscheidungen für die Berliner Grundschulen schon lange nicht mehr findet. **Warum eigentlich** lassen wir in Berlin die geeigneten Kinder nicht zu diesen Lehrkräften?
- b) Problem 2 ist, die Berliner Gymnasien mit den ISS und dem dortigen Abitur in der Jahrgangsstufe 13 in allen Details völlig gleichstellen zu wollen. Auf diese Idee kommt nur, wer ideologisch regiert und gegen die Fakten argumentiert.

Aber trotz alledem: Weder die Berliner Grünen, noch die Linken in Berlin und erst recht nicht die Berliner SPD werden das Gymnasium in Berlin abschaffen. Meines Erachtens können sie und politische Parteien grundsätzlich es noch nicht einmal ernsthaft gefährden.

Zur einzigen Gruppe, die das Berliner Gymnasium wirklich ernsthaft heute und in naher Zukunft gefährden könnte, dazu gehören nach meiner Einschätzung **wir selbst!**

Ich möchte diese für einige vielleicht unerwartete These an zwei Themen reflektieren. Doch zuvor, da ich es Ihren Augen ansehe: Wir sollen es sein, die das Gymnasium gefährden können? Ja, wir sollten uns verdeutlichen, die heutigen und die zukünftigen Schulleiterinnen und Schulleiter der Berliner Gymnasien, die wie alle Berliner Schulleiterinnen und Schulleiter und deren Ständige Stellvertreter zu verbeamten sind, weil sie eindeutig hoheitliche Aufgaben erfüllen, vor allem wir, die heutigen und zukünftigen Oberstudiendirektorinnen und Oberstudiendirektoren haben als einzige „das Zeug dazu“, das Gymnasium in Berlin

ernsthaft zu gefährden! Immer dann, wenn jemand das zu lenkende Schiff, das sich unter der Flagge „Gymnasium“ auf hoher See befindet, in ein Fahrwasser manövriert, welches eine seichte Route und ein leichtes Umschiffen neuer Klippen verspricht, besteht Gefahr. Es gibt Fahrwasser, in denen Schiffe unserer Flotte eben nichts zu suchen haben. Und immer dann, wenn sogar die gesamte Flotte vom Kurs abkommen würde, dann besteht allergrößte Gefahr.

Deshalb rufe ich allen Kapitäninnen und Kapitänen zu:

Vor jeder ausgesuchten, neuen Route kann man sich hier in unserer VOB austauschen. Ja, man sollte es sogar tun, bei unseren Mitgliederversammlungen, bei unseren Tagungen und wegen meiner beim „Käptn's dinner“ heute Abend. Es ist unklug, wenn ohne vorherige Diskussion hier in unserem Kreis das eigene Schiff in ein auf den ersten Blick erfolgsversprechendes, letztlich jedoch zu seichtes Fahrwasser manövriert wird. Es besteht die Gefahr, das eigene Schiff unbeabsichtigt auf eine Sandbank zu setzen; dadurch gleichzeitig die ganze Flotte zu gefährden. Deshalb ist es wichtig, dass die VOB nun fast **alle Schulleiterinnen und Schulleiter der Berliner Gymnasien** einigt. Derzeit sind rund 87% in unserer VOB.

Kurzum: Lassen Sie uns weiterhin hier in der VOB offen und kontrovers miteinander die Gegenwart und Zukunft der Berliner Gymnasien diskutieren, um dann gestärkt und für die gemeinsamen Ziele des Berliner Gymnasiums eintretend wieder in den Alltag zu gehen.

Zwei Themen möchte ich genauer beleuchten:

### Thema 1 ist schon benannt: „G6, G8 und G9“

Der kleine Ausschnitt aus dem Disput zwischen Frau Bentele und Frau Kittler im Parlament entstand, nachdem die CDU den Antrag in das Abgeordnetenhaus eingebracht hat, den Berliner Gymnasien, die ausschließlich G6 anbieten (dürfen), auf deren Antrag hin die Einrichtung von G8-Bildungsgängen neu zu gestatten und den Berliner Gymnasien, die schon G8-Bildungsgänge anbieten, eine bedarfsgerechte Erweiterung der Angebote zu ermöglichen.

Unser Verband hat mehrfach beschlossen: Wir wollen, dass alle Berliner Gymnasien so viele G8-Züge anbieten dürfen, wie es das jeweilige Gymnasium für den jeweiligen Zeitpunkt für richtig hält. Wir wollen, dass Schulpolitik nicht mehr auf der Grundlage eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses aus der Nachkriegszeit gemacht wird, eines Beschlusses, der mit Blick auf die Wiedervereinigung der vier Sektoren der Stadt getroffen wurde und zum 01.09.1952 die sechsjährige Grundschule in den drei westlichen Sektoren der Stadt eingeführt hat. Denn die Wiedervereinigung unserer Stadt ist zum Glück nicht nur geschehen, sondern auch weitestgehend gelungen; es ist Zeit, auch im Kreis der Anhänger der sechsjährigen Grundschule zu akzeptieren, dass die sechsjährige Grundschule kein Erfolgsmodell **für alle dort** Lernenden ist. Wer wirklich eine Stärkung sowohl der Grundschule als auch des Gymnasiums und der zweiten Säule neben dem Gymnasium und der Berufsausbildung möchte, der kann sich ja mal mit meinem Vorschlag in dem kurzen Artikel „4+8 ≈ 8 +5“, den ich gedruckt dabei habe, auseinandersetzen.

In der VOB haben wir aber auch die eindeutige Beschlusslage: Wir wollen kein G9 mehr in Berlin! Denn sowohl ein Berliner G7, als auch jede Form von G9 eben angesichts einer zweiten Säule, die ebenfalls zu einem Abitur in der Jahrgangsstufe 13 führt, einem Einheitsschulsystem den Weg.

Schließlich: **Ein Abitur in der Jahrgangsstufe 12 funktioniert mindestens für ein Drittel eines Geburtsjahrganges ohne Probleme.** In Berlin legte zuletzt sogar sieben Mal hintereinander jeder zweite Jugendliche aus einem Geburtsjahrgang das Abitur in der Jahrgangsstufe 12 ab. Und ein solches könnte noch viel besser gestaltet werden, wenn die Berliner Landespolitik endlich die Vorschläge der VOB aufgreifen würde.

Gleichzeitig wissen wir, dass viele westdeutsche Bundesländer gerade die „Rolle rückwärts“ vollziehen und wieder G9 (und wohlbemerkt übrigens nicht G7) einführen. Nur in den ostdeutschen Bundesländern, in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland wird es voraussichtlich weiterhin keine Gymnasiasten geben, die am Ende eines G9-Bildungsganges das Abiturzeugnis überreicht bekommen werden.

Dabei lohnt ein Blick nach NRW, dem Bundesland, das eben gerade und damit als hoffentlich letztes die Rückkehr zu G9 politisch auf den Weg gebracht hat. Dort beendete die neue Schulministerin von der FDP die unzähligen von der vorherigen, der grünen Bildungsministerin initiierten Gesprächsrunden zu G8/G9. Die neue Koalition im Düsseldorfer Landtag beschloss letztlich also als Erbe des rot/grünen Diskutierclubs den Weg zurück zu G9.

Viele, und nicht nur in NRW, halten das Initiieren immer weiterer runder Diskutiertische, von „Arbeitsbündnissen“ und was weiß ich wie diese Runden noch alle heißen, **ohne einem daraus folgenden politischen Forderungen und konkretem politischen Handeln für wertlos und Zeitverschwendung.**

Interessant sind nun vor allem zwei NRW-Details mit Blick auf Berlin:

1. FDP-Ministerin Gebauer rechnet damit, dass von den 511 öffentlichen Gymnasien in NRW rund 10% bei G8 bleiben werden. Wie viele von den 114 privaten Gymnasien in NRW das tun werden, wurde nicht prognostiziert. Da kann man doch nur staunen, das in dem bevölkerungsreichsten Bundesland, fast durchgängig von der SPD regiert, von alle Gymnasien im Land mehr als 18% nicht öffentliche Gymnasien sind. Eine vergleichbare Tendenz ist in Berlin auch zu erkennen. Private Schulen entstehen vor allem dann, wenn es ein Bundesland wegen einer ideologischen Schulpolitik nicht schafft, die Bedürfnisse der Eltern zu befrieden. Und was da zuletzt alles in Berlin entstanden ist... Deshalb müssen wir, die wir als Prüfungsvorsitzende an so mancher der in der Vergangenheit wie Pilze aus dem Berliner Boden sprießender privater Schule Unglaubliches erlebt haben, die Berliner Politik immer wieder mahnen, gymnasiale Bildung nicht privaten Anbietern zu überlassen. Senatorin Scheeres hat es auf Drängen der VOB den Gymnasien überlassen, sich wieder Gymnasium nennen zu dürfen. Gut, das ist von starker Symbolik und politisch damit langfristig sehr wertvoll, aber es ist auch ein bisschen wenig für möglicherweise zehn Jahre Verantwortung.

Wir werden in der VOB deshalb nicht müde werden, die von uns beschlossenen und der Politik vorgeschlagenen Veränderungen an den Gymnasien auch von unserer derzeitigen Senatorin einzufordern. Wegen meiner werden wir sie auch weiterhin an runden Tischen und in Arbeitsbündnissen diskutieren, aber wir werden eben auch politisches Handeln einfordern: In der Öffentlichkeit, bei den Parteien und über die Medien.

In NRW fordert der Städte- und Gemeindebund übrigens, die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 auszuschließen, um keinen Streit über die bildungspolitische Ausrichtung der Gymnasien in den Kommunen zu provozieren.

**Von der Politik eingeräumte Wahlmöglichkeiten in grundsätzlichen politischen Fragen** sind meiner Überzeugung nach immer das Eingeständnis von politischer Schwäche. Wie würden in Berlin die Gymnasien bei einer eingeräumten Wahlmöglichkeit entscheiden? Wohl kaum würde es nach Diskussionen in den Elternvereinen der über 90 öffentlichen Gymnasien in Berlin eine nur 10%-Quote für die eine oder für die andere Lösung geben. Rund 100.000 junge Berlinerinnen und Berliner haben seit 2012 ihr Abitur am Ende der Jahrgangsstufe 12 an einem der Berliner Gymnasien erreicht. Was werden diese wohl fordern, wenn sie selbst Eltern sein werden? Man bewahre die Stadt davor, dass in ihr wieder eine Mauer, eine imaginäre bildungspolitische Mauer mit vielen G6/G8-Gymnasien im Ostteil und einigen G7/G9-Gymnasien im Westteil provoziert wird! Ich rufe alle politischen Kräfte auf, bei der Länge der gymnasialen Schulbildung verantwortungsvoll mit Blick auf die gesamte Stadt zu handeln. Ich bin froh, dass mein Werben für die VOB-Beschlüsse bei allen derzeitigen Oppositionsparteien in Berlin auf offene Ohren stieß. **Alle Parteien aus der Opposition** haben mir versichert, dass sie mit Blick auf die Berliner Gymnasien nicht mit einer „Rolle rückwärts“ hin zum Abitur in einer Jahrgangsstufe 13 den nächsten Wahlkampf bestreiten wollen.

2. Die NRW-Ministerin hat unmissverständlich herausgestellt: Am Ende der 10. Klasse des zukünftigen G9 in NRW wird es zukünftig - wie in den anderen Schulformen der SEK I in NRW - eine zentrale Abschlussprüfung geben, egal, ob die am G9 Lernenden mit der mittleren Reife das Gymnasium verlassen oder in die 11. Klasse wollen. Dagegen werden, Berlin sollte das Beispiel endlich zur Kenntnis nehmen, in NRW **alle G8-Lernenden die mittlere Reife wie bisher mit der Versetzung in die Q-Phase erwerben.**

Hier beweist die FDP-Ministerin, übrigens auch ihre grüne Vorgängerin, einen Sachverstand von den unterschiedlichen Tempi beim Durchlaufen von Schullaufbahnen, die nach 12 bzw. 13 Jahren zum Abitur führen, der in Berlin schmerzlich vermisst wird. Ein Blick in das sogenannte „Arbeitsbündnis Gelenkfunktion“: Hier bestehen viele Mitglieder des „Bündnisses“, nicht nur die Vertreter vom LEA und von der VOB, diese sogar auf der Grundlage von Beschlüssen im LEA bzw. der VOB, auf eine Reform der Wege hin zu den Bildungsabschlüssen BbR, eBbR und MSA in Berlin. Da musste es zu **...Problemlagen...** kommen, denn im „Arbeitsbündnis“ gibt es auch die Gruppe der sich an die „Linie des Hauses“ gebunden Fühlenden.

Im Frühjahr 2018 wurde der Bildungsstaatssekretär gebeten, zur Auflösung dieser Differenzen im „Arbeitsbündnis“ beizutragen. Für mich ist es eine unerträgliche politische Arroganz, gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen gesellschaftlichen Diskussionen um den Zustand unserer Demokratie, den Berliner Eltern (vertreten

durch den vom Schulgesetz vorgeschriebenen und demokratisch gewählten LEA) und den Experten, und das sind auch wir hier in der VOB, zu entgegnen, „die jeweiligen Positionen“ (und ich betone nochmals: gemeint sind die der Wähler und die der Experten) seien ja bekannt, „diese würde sich aber die Landesregierung nicht zu eigen machen“.

Wenn dann noch auf die derzeitigen Koalitionspartner verwiesen wird, die das ebenso sehen würden, entschuldigt das nichts. Denn: Als sich die SPD noch in der vorhergehenden Koalition befand, hätte der Koalitionspartner sofort eine Reform der Wege zu den drei Bildungsabschlüssen mitgemacht. Nun sollen sich die in Verantwortung Befindlichen nicht damit herausreden, dass die Linken und die Grünen „ja nicht wollten“.

Zusammenfassend zu meinem Thema 1:

Berlin braucht **wirklich keine Diskussion um das G9**, sondern die Möglichkeit von G8-Bildungsgängen an allen Gymnasien, die das wollen. Berlin braucht mehr G8 und weniger G6.

G9 schleift die Unterschiede in den Schularten immer mehr ab. Nicht nur NRW beweist, wohin das führen kann, ja wird. Deshalb war mein Rat an die Vertreter aus NRW in der Bundesdirektorenkonferenz in den Zeiten des Eiertanzes der ehemaligen Ministerin für Schule und Weiterbildung, Sylvia Löhrmann, übrigens immer, die beiden Gymnasialdirektorenverbände in NRW sollten **klar Position zugunsten von G8 beziehen**, weil sie sich ansonsten mit schuldig machen am Öffnen der Büchse der Pandora. Nun ist diese offen, wie auch in Bayern und in Niedersachsen und da und dort...

Wird das Gymnasium am Ende dieses Jahrhunderts möglicherweise nur in Ostdeutschland und Berlin überlebt haben?

Werden alle Oberstudiendirektorinnen und Oberstudiendirektoren der Verantwortung um die Zukunft des Gymnasiums in Deutschland heute und in der Zukunft im täglichen Handeln gerecht?

**Mein zweites Thema sind die Integrierte Sekundarschulen mit und ohne eigene Oberstufe, die Gemeinschaftsschulen und die Gymnasien in Berlin im Wettstreit politischer Ideen**

Auch hier möchte ich nochmals zu Frau Kittlers Äußerung im Parlament im März 2018 zurückkommen. Tat sie diese in der Gewissheit, dass da tatsächlich Berliner Gymnasien die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule planen oder war es nur die Hoffnung auf eine Oase der politisch Dürstenden?

Aus meiner Sicht spricht nichts, gar nichts dagegen, wenn ein Berliner Gymnasium nach genauer Analyse (z.B. langfristiger Beobachtungen zur Anmeldesituation, zur Übergangsquote in die Q-Phase, zur Quote der zwangsläufig Wiederholenden am Ende von Q2) für die eigene Schülerschaft zu der Erkenntnis kommen würde, eine Umwandlung in eine Sekundarschule mit eigener Oberstufe (und damit verbundener, besserer personeller Ausstattung, kleinerer Klassen, usw.) und mit einem Weg zum Abitur in der Jahrgangsstufe 13, möglicherweise gleichzeitig mit neuen Wegen in die Berufsausbildung, sei sinnvoll.



Es spricht auch nichts, gar nichts dagegen, wenn sich ein Gymnasium grundsätzlich von dem Ziel verabschieden möchte, wirklich jede und jeden an der Schule nach dem erfolgreichen Bestehen einer Probezeit verbleibenden Lernenden zum Abitur nach 12 Schulbesuchsjahren führen zu wollen, dafür aber - möglicherweise mit der benachbarten Grundschule - zukünftig als Sekundarschule mit eigener Oberstufe mit der Nachbargrundschule gemeinsame Sache machen zu wollen.

Es spricht aber alles dagegen

- a) hier in unserem Kreis nicht offen über solche Vorhaben und ggf. über das Vorgehen, angestoßen von denen, die Derartiges es in Erwägung ziehen, zu diskutieren,
- b) Gymnasien, die das eine oder das andere vorhaben, politisch in den linken Himmel zu loben und gleichzeitig alle anderen Gymnasien zu diskreditieren, weil an ihnen eben noch nicht „die neuen Menschen“ „verantwortlich“ handeln. Es spricht alles dagegen, auf politischer Ebene derartige bisher ja in Berlin noch nie vollzogene Umwandlungen als „Beweis“ für die eigene, ideologisch begründete Position heranzuziehen.

Die Ideologen bei den LINKEN, den Grünen und in der Berliner SPD sollten sich lieber eingestehen, dass sie nicht bereit sind, die von ihnen weitestgehend ignorierten Kinderkrankheiten des Berliner „Zwei-Säulen-Modells“ zu bekämpfen. Diese sind, und ich nenne gleich Rezepte zur Bekämpfung der Kinderkrankheit dazu:

- Um den endlosen und nicht lösbaren Streit zwischen ISS mit und ohne Oberstufe zu beenden, mein Rezept 1: Alle Sekundarschulen sollten gleichermaßen mit der Klasse 10 enden. Das würde gleiche Ausgangsbedingungen bei der Aufnahme an allen Sekundarschulen herstellen. Der von mir schon zitierte junge Kollege schrieb mir dazu: „Meine Erfahrung an der x-y-Schule hat mich hierin bestärkt. Während die Schulleiterin nach Außen ein Bild der erfolgreichen-inklusive Schule zeichnete, fragten sich einige Kollegen hinter den Kulissen: ‚Von welcher Schule redet sie? Meine kann es nicht sein.‘ Ein aus meiner Sicht sehr ungesunder Trend ist übrigens, das in Berlin immer mehr ISS eine gymnasiale Oberstufe haben. Die x-y-Schule hat ihre Oberstufe nicht ansatzweise mit abiturgeeigneten Schülern vollbekommen. Daher sitzen da jetzt überwiegend Schüler rum, die vom höchsten deutschen Schulabschluss so weit entfernt sind, wie ich von Einstein. Ein Drittel von denen hat nach der Elften frustriert aufgegeben. Ein zweites Drittel wird bis zum Abi mitgeschleift und besteht dieses mit Müh und Not sogar noch, der Erstkorrektor bewertet schließlich unbewusst nach sozialer Bezugsnorm. Mathe zählt selbstverständlich nicht zu den Prüfungsfächern dieser Schüler, denn bei linearen Funktionen hörte die mathematische Verarbeitungsfähigkeit auf.“ Zitatende.
- Rezept 2 gegen eine der Kinderkrankheiten: In allen Bezirken sollte es ausreichend viele Schulen und demzufolge Plätze geben, die **ausschließlich eine dreijährige gymnasiale Oberstufe** anbieten.
- Schließlich Rezept 3: Die Aufnahmekriterien an übernachgefragten Schulen müssen verändert werden. Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, an den Gymnasien 30% der Plätze auszulosen. Es gibt ebenso keinen sachlichen Grund dafür, einigen der ISS, vor allem denen mit eigener Oberstufe im Haus, durch die derzeitigen Aufnahmebedingungen die Aufnahme einer ganz anderen Schülerschaft als z.B. der benachbarten Sekundarschule ohne eigene Oberstufe zu ermöglichen. Hier muss

politisch gehandelt werden. Veränderte Aufnahmebedingungen an den übernachgefragten Sekundarschulen müssen dafür sorgen, dass an allen Sekundarschulen eine vergleichbare Schülerschaft aufgenommen werden wird. Wir haben als VOB auch dazu einen Vorschlag unterbreitet; Kriterien für eine gerechte Aufnahme an über- und nicht übernachgefragten Sekundarschulen sind in der Tat leicht aufstellbar.

- Und noch eine Krankheit, die das Schulsystem für die Berliner Kinder betrifft: Um ein echtes „Zwei-Säulen-Modell“ in Berlin zu pflegen, bleibt die Aussage von Senator a.D. Jürgen Zöllner richtig. Eine Gemeinschaftsschule ist letztlich nichts weiter als eine Sekundarschule, die mit einer Grundschule kooperiert. Beide so kooperierenden Schulen machen dann gemeinsame Sache. Es ist skandalös und krankhaft ideologisch, wenn es die jetzige Berliner Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorsieht, alle in der wachsenden Stadt zu errichtenden Schulneubauten so zu gestalten, dass die dort entstehenden Schule Gemeinschaftsschule sein kann – gleichzeitig aber in Berlin mit zukünftig auch rund 15.000 zusätzlichen Gymnasiasten nicht einen einzigen Neubau für ein Gymnasium als Ziel der Koalition festlegt.

Und es ist unverständlich, ja schon unverschämt, wenn die Berliner Landesregierung es innerhalb von zwei Jahren schaffen wird, die Berliner Gemeinschaftsschule als eigenständige dritte Säule in das Schulgesetz zu schreiben – gleichzeitig aber es innerhalb von sieben Jahren noch nicht geschafft hat, die unsinnige und unzulässige Formulierung bezüglich der gymnasialen Oberstufe an den Berliner Gymnasien endlich aus dem Schulgesetz zu tilgen und in das Schulgesetz zu schreiben, dass es auch an den Berliner Gymnasien eine dreijährige gymnasiale Oberstufe gibt und zu dieser die Jahrgangsstufen 10, 11 und 12 gehören. **Diesen einen und so wichtigen Schritt für die Berliner Gymnasien zu tun, dafür war nun wirklich genügend Zeit!**

Und schließlich wäre es unsäglich, wenn die Senatorin, ihr Staatssekretär und die bildungspolitischen Sprecherinnen der die Berliner Landesregierung tragenden Parteien noch immer nicht bereit wären, die Wege zu den Bildungsabschlüssen BbR, eBbR und MSA den Bedürfnissen der Lernenden und damit der Praxis anzupassen und wenn sie dann weiterhin so tun würden, als zielten die sachlichen und begründeten Vorschläge für andere Wege z.B. aus dem LEA und der VOB auf eine Abschaffung dieser Bildungsabschlüsse ab. Und diesen letzten Satz habe ich mit Absicht und mit Hoffnung vollständig im Konjunktiv formuliert.

**Bisher geschieht in der Berliner Bildungspolitik zu vieles letztlich im Namen einer - so ist es nun mal - Utopie, der Utopie „Einheitsschule“!**

---

Ich wollte aufzeigen: Schnürchen, die uns an den Gymnasien Verantwortliche stolpern lassen könnten, die kommen regelmäßig von der Politik, aber sie sind eigentlich immer leicht zu entdecken. Stricke, die uns stürzen lassen könnten, die können nur wir uns selbst spannen.

Zusammenfassend also: Die heutigen und zukünftigen Schulleiterinnen und Schulleiter der Berliner Gymnasien müssen in den wichtigen Fragen rund um das Gymnasium mit einer Stimme, und das kann und wird hoffentlich auch in Zukunft die Stimme unserer VOB sein,

sprechen. Die VOB muss daher heute und morgen gelegentlich von einigen Politikern gespannte „Fallschnürchen“ entlarven und dadurch dafür sorgen, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter der Berliner Gymnasien in Wahrnehmung ihrer so verantwortlichen Aufgabe nicht stolpern. Das sind die Herausforderungen für die derzeitige und jede zukünftige Sprechergruppe unserer VOB, für mich als derzeitigen und für jede zukünftige Vorsitzende /jeden zukünftigen Vorsitzenden.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen für die bisherige Unterstützung der Sprechergruppe auch in der Wahlperiode 2017-19, die sich auch in Ihrer Anwesenheit hier in Kloster Chorin dokumentiert. Ich bedanke mich auch jetzt schon für Ihre Aufmerksamkeit - am Ende bin ich aber noch nicht, im doppelten Sinne. Denn ich werde

a) auch 2019 nochmals um Ihre Stimmen bei der Wahl für den Sprecher der VOB werben und

b) für die Tagung hier, im schönen Kloster Chorin sind der Sprechergruppe noch folgende (nicht schriftlich ausformulierten und daher nicht nachlesbaren) Kurzbemerkungen mit Blick auf die sich möglicherweise bildenden Gesprächsgruppen wichtig.

Die Sprechergruppe bittet Sie alle, sich schon bei diesen Kurzbemerkungen zu überlegen, in welche der Gesprächsgruppen Sie gehen wollen, um dort knackige Entwürfe für die morgen abzustimmenden Forderungen der VOB zu formulieren. Wir werden uns schon nach den Vorbemerkungen die Gesprächsgruppen für die Zeit nach dem Mittag zusammenstellen.

...

Für die Entwürfe der Anträge zur morgigen Abstimmung unserer Forderungen bitte ich Sie nochmals ganz herzlich: Nehmen Sie sich kein Vorbild an der Länge meiner Rede.